

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 97 (2022)
Heft: 3

Artikel: Eine neue Ära in der Sicherheitspolitik?
Autor: Besse, Frederik
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1005996>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine neue Ära der Sicherheitspolitik?

Der Krieg in der Ukraine hat den sicherheitspolitischen Diskurs in der Schweiz ins Wanken gebracht. Wird nun eine neue Ära der Sicherheitspolitik folgen?

Hptm Frederik Besse

Der Konflikt in der Ukraine eskalierte zu einem Krieg, der ganz gemäss dem Prinzip «Gefecht der verbundenen Waffen» begann. Ein Krieg, der in allen Dimensionen und vor allem auf europäischen Boden mit mechanisierten Truppen ausgefochten wird.

Allein schon diese Vorstellung war für SP und Grüne Sicherheitspolitiker ein rotes Tuch. Doch seit dem Kriegsausbruch scheint sich ein Riss in der linken Sicherheitspolitik bemerkbar zu machen.

Ganz neu ist dieser Riss natürlich nicht. Schon lange konnte man in der Exekutive – insbesondere bei den Sicherheitsdirektoren der Kantone – starke Kontraste zum linken Parteiprogramm feststellen.

Nationalrat Franziska Roth (SP SO), Sicherheitspolitische Kommission Nationalrat, räumte gegenüber dem «Nebelspalter» ein: «Wir haben uns getäuscht, als wir behauptet haben, dass territoriale Angriffs-kriege kein realistisches Szenario seien.» Des Weiteren kündigte NR Roth ebenfalls an, dass der Sicherheitspolitische Bericht angepasst werden müsse.



SP Schweiz

@spschweiz

Wir werden die 438 Millionen Franken für die Schützenpanzer 2000 ablehnen. Für den Werterhalt einer so grossen Anzahl Schützenpanzer gibt es keine plausiblen Szenarien. Die Zeit von Panzerschlachten und Bewegungskriegen ist vorbei.

Schlecht gealbert: Ein Statement der SP vom 20.02.2020.

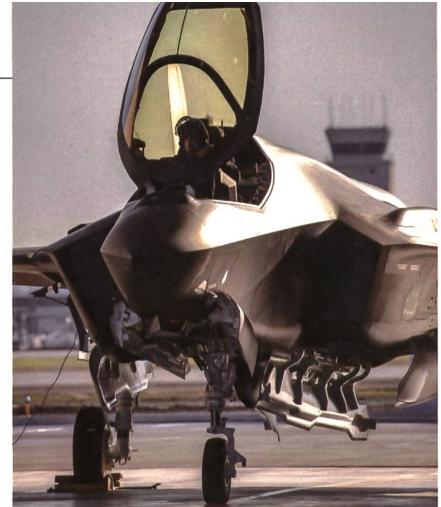


Bild: VBS

«Das Parlament tut daher gut daran, die ordentliche Beschaffung des F-35 ohne Rücksicht auf die ungehörige Verzögerungstaktik der Armeegegner zu prüfen».

Doch nicht alle Parteikollegen und -kolleginnen teilen ihre Ansicht. Insbesondere die Initianten der «Stop-F-35» Volksinitiative halten weiterhin an ihren Standpunkten fest. Auch wenn diese mittlerweile sehr schlecht gealbert sind. So zum Beispiel das Anti-F-35-Statement «Kalter Krieg war gestern. In Zeiten der Virus- und Klimakrise Milliarden für Kampfjets einzusetzen ist absurd».

Die SP will weiterhin die «Stop F-35 Initiative» lancieren. «Die geplante milliardenschwere militärische Aufrüstung mit 36 F-35-Kampfjets bringt der Schweiz keine zusätzliche Sicherheit», teilte die Partei in einer Medienmitteilung mit.

Statement Allianz Sicherheit Schweiz

Wie reagieren die Unterstützer der bisherigen Sicherheitspolitik? Auf Anfrage des SCHWEIZER SOLDAT nimmt Ständerat Thierry Burkart, Präsident Allianz Sicherheit Schweiz, Stellung:

«Es ist Krieg in Europa. Die Zeit von konventionellen Kriegen auf unserem Kontinent ist offensichtlich nicht vorbei. Obwohl auch von linker Seite Stimmen zu hören sind, dass man sich getäuscht habe, wollen die Initianten um die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA), SP und Grüne an ihrer Stop-F-35-Initiative festhalten.

Ihr Versprechen, die Initiative spätestens im März oder April 2022 einzureichen, damit noch vor Ablauf der Offertengültigkeit (März 2023) darüber abgestimmt werden könne, halten sie nicht ein.

Die Unterschriftensammlung wird herausgezögert, mit dem Ziel, den Bundesrat bei der Beschaffung hinzuhalten.

Deutschland hat nun Interesse am F-35 bekundet. Mit der Bereitstellung von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr könnte ein Beschaffungsentscheid relativ rasch erfolgen. Finnland hat sich bereits für 64 Stück des US-Mehrzweckkampfflugzeugs entschieden.

Kanada könnte bald mit einer Bestellung folgen. Angesichts der weltweiten Aufrüstung und der damit drohenden Preissteigerung und zu erwartenden Produktionsengpässen wäre die nicht fristgerechte Unterzeichnung verheerend.

Der Kostenrahmen könnte massiv überschritten werden und aufgrund von Lieferverzögerungen droht eine Fähigkeitslücke unserer Luftwaffe per 2030.

Das Parlament tut daher gut daran, die ordentliche Beschaffung des F-35 ohne Rücksicht auf die ungehörige Verzögerungstaktik der Armeegegner zu prüfen. Denn die Schweizer Bevölkerung hat sich zur Flugzeugbeschaffung bereits positiv geäussert.

Ausblick

Die aktuellen Ereignisse in der Ukraine werden die Sicherheitspolitik und den Diskurs darüber prägen. Die Frage ist nur noch: Wie stark und wie nachhaltig?

Egal wie man zum Thema F-35 steht: Es ist klar, dass eine eventuelle Volksinitiative so schnell wie möglich lanciert werden muss.

Bis dahin muss es den linken Parteien gelingen glaubwürdige neue Argumente zu präsentieren. Die Verleugnung von territorialen Kriegen und der wichtigen Rolle einer Luftwaffe darin, wird auf wenig Zustimmung beim Stimmvolk stossen.